

Nr. 866a

**Verordnung
zum Gesetz über die Verbilligung von Prämien der
Krankenversicherung
(Prämienverbilligungsverordnung)**

vom 12. Dezember 1995 (Stand 1. Januar 2017)

Der Regierungsrat des Kantons Luzern,

gestützt auf die §§ 2, 6, 7 Absatz 3, 17 Absatz 3 und 20 Absätze 2 und 4 des Prämienverbilligungsgesetzes vom 24. Januar 1995¹,
auf Antrag des Gesundheits- und Sozialdepartementes, *

beschliesst:

1 Allgemeine Bestimmung

§ 1 * *Geltungsbereich*

¹ Die Verordnung regelt die Einzelheiten der Festsetzung des Anspruchs auf Prämienverbilligung. Vorbehalten bleiben bundesrechtliche und staatsvertragliche Bestimmungen.

¹ SRL Nr. [866](#). Auf dieses Gesetz wird im Folgenden nicht mehr hingewiesen.

* Siehe Tabellen mit Änderungsinformationen am Schluss des Erlasses.

2 Anspruch auf Prämienverbilligung *

§ 2 * *Definitiver genereller Anspruch im Jahr 2017 **

¹ Ein Anspruch auf Prämienverbilligung nach § 7 Absatz 1 des Gesetzes über die Verbilligung von Prämien der Krankenversicherung (Prämienverbilligungsgesetz) vom 24. Januar 1995 besteht für das Jahr 2017, soweit die anrechenbaren Prämien das massgebende Einkommen um einen bestimmten Prozentsatz übersteigen. Dieser Prozentsatz wird für das Jahr 2017 wie folgt definitiv festgesetzt: *

a. * minimaler Prozentsatz 10 Prozent

b. * Anstieg pro Franken des massgebenden Einkommens 0,00020 Prozent.

² ... *

³ Die Ausgleichskasse berechnet den definitiven generellen Anspruch für das Jahr 2017. Ergeben sich gegenüber der provisorischen Berechnung des Anspruchs für das Jahr 2017 Abweichungen, zahlt die Ausgleichskasse den Krankenversicherern allfällige Restbeträge aus und fordert von ihnen allfällige zu viel ausbezahlte Beträge zurück. *

§ 2a * *Definitiver Anspruch auf Prämienverbilligung für Kinder und junge Erwachsene für das Jahr 2017 **

¹ Eltern oder Elternteile, unter deren Obhut Kinder bis zum vollendeten 18. Lebensjahr leben, haben für das Jahr 2017 einen definitiven Anspruch auf die Verbilligung der anrechenbaren Prämien der Kinder um die Hälfte, sofern die persönlichen Voraussetzungen gemäss § 5 des Prämienverbilligungsgesetzes erfüllt sind und ihr massgebendes Einkommen im Sinn von § 7 Absätze 2–6 des Prämienverbilligungsgesetzes 54 000 Franken nicht übersteigt. *

² Die Prämien von jungen Erwachsenen bis zum vollendeten 25. Altersjahr werden für das Jahr 2017 definitiv um die Hälfte verbilligt, sofern diese die persönlichen Voraussetzungen gemäss § 5 des Prämienverbilligungsgesetzes erfüllen und eine mindestens sechs Monate dauernde Ausbildung absolvieren, welche einen Anspruch auf eine Ausbildungszulage gemäss dem Bundesgesetz über die Familienzulagen vom 24. März 2006² begründet. Bei jungen Erwachsenen in Ausbildung, die bei ihren unterhaltspflichtigen Eltern wohnen, besteht der definitive Anspruch auf eine hälftige Verbilligung der Prämien zudem nur, wenn das gemeinsame massgebende Einkommen im Sinn von § 7 Absätze 2–6 des Prämienverbilligungsgesetzes 54 000 Franken nicht übersteigt. *

³ ... *

⁴ Die Ausgleichskasse berechnet den definitiven Anspruch auf Prämienverbilligung für Kinder und junge Erwachsene in Ausbildung für das Jahr 2017. Ergeben sich gegenüber der provisorischen Berechnung des Anspruchs für das Jahr 2017 Differenzen, zahlt die Ausgleichskasse den Krankenversicherern allfällige Restbeträge aus und fordert von ihnen allfällige zu viel ausbezahlte Beträge zurück. *

² SR [836.2](#)

§ 2b * *Leistungen bei mehreren Ansprüchen*

¹ Prämienverbilligungen gemäss § 2a sind von den Leistungen, die gemäss § 2 festgesetzt werden, abzuziehen.

3 Berechnungsgrundlagen

§ 3 * *Anrechenbare Prämien*

¹ Zur Berechnung des Anspruchs auf Prämienverbilligung für das Jahr 2017 gelten in den einzelnen Prämienregionen die folgenden Richtprämien pro Jahr in Franken: *

a.	Prämienregion 1:	
	1. * Erwachsene	4296.–
	2. * junge Erwachsene	3984.–
	3. * Kinder	996.–
b.	Prämienregion 2:	
	1. * Erwachsene	3960.–
	2. * junge Erwachsene	3672.–
	3. * Kinder	912.–
c.	Prämienregion 3:	
	1. * Erwachsene	3792.–
	2. * junge Erwachsene	3528.–
	3. * Kinder	876.–

² Für Personen, die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV beziehen, gelten die vom Bund für die Berechnung der Ergänzungsleistungen festgelegten Durchschnittsprämien für die obligatorische Krankenpflegeversicherung.

§ 3a * *Einkäufe in die berufliche Vorsorge und Arbeitnehmeranteile der Beiträge von Selbständigerwerbenden*

¹ Zum Nettoeinkommen im Sinn von § 7 Absatz 2 des Prämienverbilligungsgesetzes hinzugerechnet werden Einkäufe in die berufliche Vorsorge und die Arbeitnehmeranteile der Beiträge von Selbständigerwerbenden an die berufliche Vorsorge im Sinn von § 40 Absatz 1d des Steuergesetzes vom 22. November 1999³, soweit sie 20 000 Franken pro Steuerjahr übersteigen.

§ 3b * *Pauschalbetrag für Kinder und junge Erwachsene in Ausbildung*

¹ Der Pauschalbetrag für Kinder und junge Erwachsene in Ausbildung im Sinn von § 7 Absatz 2 des Prämienverbilligungsgesetzes beträgt pro Kind oder jungen Erwachsenen in Ausbildung 9000 Franken.

³ SRL Nr. [620](#)

§ 4 *Letzte rechtskräftige Steuerveranlagung* *

¹ Die Ausgleichskasse berücksichtigt in Fällen gemäss § 7 Absatz 4 Sätze 2 und 3 des Prämienverbilligungsgesetzes auch rechtskräftige Steuerveranlagungen für vorangehende Veranlagungsperioden mit Auswirkungen auf das Jahr, für das Prämienverbilligung beansprucht wird (Anspruchsjahr). *

² Bei mehreren Veranlagungsverfügungen mit gleichem Datum ist diejenige massgebend, die den jüngeren Veranlagungszeitraum vor dem Anspruchsjahr betrifft.

³ Nötigenfalls sistiert die Ausgleichskasse das Verfahren.

§ 5 * *Abstellen auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit*

¹ Wird mit dem Abstellen auf die Steuerwerte der letzten rechtskräftigen Steuerveranlagung der Zweck der Prämienverbilligung nicht erreicht, sind beim Entscheid die tatsächlichen Einkommens- und Vermögensverhältnisse zu berücksichtigen. Vorbehalten bleibt § 6 dieser Verordnung. *

² Die zuständige Steuerbehörde meldet der Ausgleichskasse Sachverhalte im Sinn von Absatz 1 und macht die notwendigen Berechnungen. *

§ 6 * *Bezüger von Sozialhilfe*

¹ Obligatorisch Versicherte haben insoweit Anspruch auf die volle Vergütung der Richtprämien nach § 3 Absatz 1 dieser Verordnung, als sie wirtschaftliche Sozialhilfe gemäss den §§ 27 Absatz 1, 28 Absatz 1, 53 Absatz 1 und 54 Absatz 1 des Sozialhilfegesetzes vom 16. März 2015⁴ beziehen. *

² Die zuständige Sozialbehörde meldet der Ausgleichskasse Beginn und Ende der wirtschaftlichen Sozialhilfe. *

³ Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für unterstützungsbedürftige Asylbewerber (Art. 10a Abs. 1 der Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen vom 22. Mai 1991⁵) und vorläufig aufgenommene Ausländer ohne Flüchtlingseigenschaft mit Ausländerausweis F. *

§ 6a * *Obligatorisch Versicherte mit Familienangehörigen in EG-Staaten*

¹ Schweizer Staatsangehörige und Angehörige eines EG-Staates, welche die Voraussetzungen von § 5 des Prämienverbilligungsgesetzes erfüllen, können mit einem Zusatzblatt zur ordentlichen Anmeldung für sich und ihre in einem EG-Staat wohnhaften, nicht erwerbstätigen Familienangehörigen, die beim gleichen Krankenversicherer obligatorisch versichert sind, einen Gesamtanspruch auf Prämienverbilligung nach Artikel 65a des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung vom 18. März 1994⁶ (KVG) geltend machen. Das Verfahren richtet sich nach § 12 des Prämienverbilligungsgesetzes.

⁴ SRL Nr. [892](#)

⁵ SR [142.312](#)

⁶ SR [832.10](#). Auf dieses Gesetz wird im Folgenden nicht mehr hingewiesen.

² Der Gesamtanspruch wird unter Vorbehalt der folgenden Bestimmungen nach den allgemeinen Vorschriften des Prämienverbilligungsgesetzes berechnet. Fehlen kantonale Vorschriften, sind die Regeln der Prämienverbilligung nach Artikel 66a KVG als subsidiäres Recht anwendbar.

³ Die vom Bund festgelegten Durchschnittsprämien der EG-Staaten gelten als Richtprämien für Personen, die in EG-Staaten wohnen. Ausländische Einkommen und Vermögen werden aufgrund der Regeln der Prämienverbilligung nach Artikel 66a KVG angerechnet. Vermögen, das nicht belegt wird, kann aufgrund des Kapitalertrags in sinngemässer Anwendung von Artikel 28 Absatz 2 der Verordnung über die Alters- und Hinterlassenenversicherung vom 31. Oktober 1947⁷ festgelegt werden.

⁴ ... *

§ 6b * ...

§ 6c * *Angehörige von EFTA-Staaten*

¹ Für Angehörige von EFTA-Staaten und ihre Familienangehörigen, die nach Artikel 65a KVG versichert sind, gelten die Bestimmungen von § 6a sinngemäss.

4 Verfahren *

§ 6d * *Meldungen der Krankenversicherer*

¹ Der Krankenversicherer teilt der Ausgleichskasse innert 14 Tagen mit, ob er die Meldung der Ausgleichskasse gemäss § 17 Absatz 2 des Prämienverbilligungsgesetzes einer bei ihm versicherten Person zuordnen kann.

² Er meldet der Ausgleichskasse innert 14 Tagen wesentliche Änderungen im Verhältnis zwischen ihm und der versicherten Person im Sinn von § 17 Absatz 3 des Prämienverbilligungsgesetzes.

§ 6e * *Vorlage der Jahresrechnung*

¹ Die Krankenversicherer haben der Ausgleichskasse die Jahresrechnung im Sinn von § 20 Absatz 4 des Prämienverbilligungsgesetzes bis zum 31. März des Folgejahres vorzulegen.

⁷ SR [831.101](#)

5 Geringfügige Beträge

§ 7 * *Ausschluss der Auszahlung*

¹ Liegt der gesamte Anspruch auf Prämienverbilligung unter 100 Franken, wird der Betrag nicht ausbezahlt. Dies gilt auch bei einem Gesamtanspruch im Sinn von § 5 Absatz 2 des Prämienverbilligungsgesetzes.

§ 7a * *Meldung an die Dienststelle Steuern des Kantons*⁸

¹ Zur richtigen Durchführung von Artikel 33 Absatz 1g des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer vom 14. Dezember 1990⁹ meldet die Ausgleichskasse der Dienststelle Steuern des Kantons¹⁰ diejenigen Prämienverbilligungen, die sie ab 1997 ausgerichtet hat.

6 Schlussbestimmungen

§ 8 *Aufhebung von Beschlüssen*

¹ Folgende Beschlüsse werden aufgehoben:

- a. Regierungsratsbeschluss Nr. 777 über den Prozentsatz gemäss § 7 Absatz 1 und über geringfügige Beträge gemäss § 20 Absatz 2 des Prämienverbilligungsgesetzes vom 28. März 1995,
- b. Regierungsratsbeschluss Nr. 1046 betreffend die Anspruchsberechtigung und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit vom 2. Mai 1995.

§ 9 *Inkrafttreten*

¹ Die Verordnung tritt am 1. Januar 1996 in Kraft. Sie ist zu veröffentlichen.

⁸ Gemäss Änderung vom 16. März 2007 der Verordnung über die Aufgaben der Departemente und der Staatskanzlei sowie die Gliederung der Departemente in Dienststellen, in Kraft seit dem 1. Juli 2007 (G 2007 33), wurde die Bezeichnung «kantonale Steuerverwaltung» durch «Dienststelle Steuern des Kantons» ersetzt.

⁹ SR [642.11](#)

¹⁰ Gemäss Änderung vom 16. März 2007 der Verordnung über die Aufgaben der Departemente und der Staatskanzlei sowie die Gliederung der Departemente in Dienststellen, in Kraft seit dem 1. Juli 2007 (G 2007 33), wurde die Bezeichnung «kantonale Steuerverwaltung» durch «Dienststelle Steuern des Kantons» ersetzt.

Änderungstabelle - nach Paragraf

Element	Beschlussdatum	Inkrafttreten	Änderung	Fundstelle G
Erlass	12.12.1995	01.01.1996	Erstfassung	K 1995 3554 G 1995 502
Ingress	11.06.2013	01.07.2013	geändert	G 2013 276
§ 1	14.05.2002	01.06.2002	geändert	G 2002 142
Titel 2	28.11.2006	01.01.2007	geändert	G 2006 358
§ 2	09.12.2014	01.01.2015	geändert	G 2014 416
§ 2	07.02.2017	01.01.2017	Titel geändert	K 2017 393 G 2017-016
§ 2	12.09.2017	01.01.2017	Titel geändert	K 2017 2559 G 2017-093
§ 2 Abs. 1	15.12.2015	01.01.2016	geändert	G 2015 373
§ 2 Abs. 1	07.02.2017	01.01.2017	geändert	K 2017 393 G 2017-016
§ 2 Abs. 1	12.09.2017	01.01.2017	geändert	K 2017 2559 G 2017-093
§ 2 Abs. 1, a.	07.02.2017	01.01.2017	eingefügt	K 2017 393 G 2017-016
§ 2 Abs. 1, b.	07.02.2017	01.01.2017	eingefügt	K 2017 393 G 2017-016
§ 2 Abs. 2	07.02.2017	01.01.2017	eingefügt	K 2017 393 G 2017-016
§ 2 Abs. 2	12.09.2017	01.01.2017	aufgehoben	K 2017 2559 G 2017-093
§ 2 Abs. 3	07.02.2017	01.01.2017	eingefügt	K 2017 393 G 2017-016
§ 2 Abs. 3	12.09.2017	01.01.2017	geändert	K 2017 2559 G 2017-093
§ 2a	09.12.2014	01.01.2015	geändert	G 2014 416
§ 2a	07.02.2017	01.01.2017	Titel geändert	K 2017 393 G 2017-016
§ 2a	12.09.2017	01.01.2017	Titel geändert	K 2017 2559 G 2017-093
§ 2a Abs. 1	15.12.2015	01.01.2016	geändert	G 2015 373
§ 2a Abs. 1	07.02.2017	01.01.2017	geändert	K 2017 393 G 2017-016
§ 2a Abs. 1	12.09.2017	01.01.2017	geändert	K 2017 2559 G 2017-093
§ 2a Abs. 2	15.12.2015	01.01.2016	geändert	G 2015 373
§ 2a Abs. 2	07.02.2017	01.01.2017	geändert	K 2017 393 G 2017-016
§ 2a Abs. 2	12.09.2017	01.01.2017	geändert	K 2017 2559 G 2017-093
§ 2a Abs. 3	07.02.2017	01.01.2017	eingefügt	K 2017 393 G 2017-016
§ 2a Abs. 3	12.09.2017	01.01.2017	aufgehoben	K 2017 2559 G 2017-093
§ 2a Abs. 4	07.02.2017	01.01.2017	eingefügt	K 2017 393 G 2017-016
§ 2a Abs. 4	12.09.2017	01.01.2017	geändert	K 2017 2559 G 2017-093
§ 2b	28.11.2006	01.01.2007	eingefügt	G 2006 358
§ 3	17.11.2009	01.01.2010	geändert	G 2009 382
§ 3 Abs. 1	09.12.2014	01.01.2015	geändert	G 2014 416
§ 3 Abs. 1	15.12.2015	01.01.2016	geändert	G 2015 373
§ 3 Abs. 1	15.11.2016	01.01.2017	geändert	G 2016-52
§ 3 Abs. 1, a., 1.	15.12.2015	01.01.2016	geändert	G 2015 373
§ 3 Abs. 1, a., 1.	15.11.2016	01.01.2017	geändert	G 2016-52
§ 3 Abs. 1, a., 2.	15.12.2015	01.01.2016	geändert	G 2015 373
§ 3 Abs. 1, a., 2.	15.11.2016	01.01.2017	geändert	G 2016-52
§ 3 Abs. 1, a., 3.	15.12.2015	01.01.2016	geändert	G 2015 373
§ 3 Abs. 1, a., 3.	15.11.2016	01.01.2017	geändert	G 2016-52
§ 3 Abs. 1, b., 1.	15.12.2015	01.01.2016	geändert	G 2015 373
§ 3 Abs. 1, b., 1.	15.11.2016	01.01.2017	geändert	G 2016-52
§ 3 Abs. 1, b., 2.	15.12.2015	01.01.2016	geändert	G 2015 373
§ 3 Abs. 1, b., 2.	15.11.2016	01.01.2017	geändert	G 2016-52
§ 3 Abs. 1, b., 3.	15.12.2015	01.01.2016	geändert	G 2015 373
§ 3 Abs. 1, b., 3.	15.11.2016	01.01.2017	geändert	G 2016-52
§ 3 Abs. 1, c., 1.	15.12.2015	01.01.2016	geändert	G 2015 373
§ 3 Abs. 1, c., 1.	15.11.2016	01.01.2017	geändert	G 2016-52
§ 3 Abs. 1, c., 2.	15.12.2015	01.01.2016	geändert	G 2015 373
§ 3 Abs. 1, c., 2.	15.11.2016	01.01.2017	geändert	G 2016-52
§ 3 Abs. 1, c., 3.	15.12.2015	01.01.2016	geändert	G 2015 373

Element	Beschlussdatum	Inkrafttreten	Änderung	Fundstelle G
§ 3 Abs. 1, c., 3.	15.11.2016	01.01.2017	geändert	G 2016-52
§ 3a	11.06.2013	01.07.2013	eingefügt	G 2013 276
§ 3b	11.06.2013	01.07.2013	eingefügt	G 2013 276
§ 4	12.12.2000	01.01.2001	Titel geändert	G 2000 430
§ 4 Abs. 1	11.06.2013	01.07.2013	geändert	G 2013 276
§ 5	19.11.1996	01.01.1997	geändert	G 1996 301
§ 5 Abs. 1	12.12.2000	01.01.2001	geändert	G 2000 430
§ 5 Abs. 2	12.12.2000	01.01.2001	geändert	G 2000 430
§ 6	10.12.1996	01.01.1997	geändert	G 1996 364
§ 6 Abs. 1	17.11.2009	01.01.2010	geändert	G 2009 382
§ 6 Abs. 1	15.11.2016	01.01.2017	geändert	G 2016-52
§ 6 Abs. 2	11.06.2013	01.07.2013	geändert	G 2013 276
§ 6 Abs. 2	15.11.2016	01.01.2017	geändert	G 2016-52
§ 6 Abs. 3	18.11.1997	01.01.1998	geändert	G 1997 413
§ 6a	14.05.2002	01.06.2002	eingefügt	G 2002 142
§ 6a Abs. 4	11.06.2013	01.07.2013	aufgehoben	G 2013 276
§ 6b	11.06.2013	01.07.2013	aufgehoben	G 2013 276
§ 6c	11.06.2013	01.07.2013	geändert	G 2013 276
Titel 4	11.06.2013	01.07.2013	eingefügt	G 2013 276
§ 6d	11.06.2013	01.07.2013	eingefügt	G 2013 276
§ 6e	11.06.2013	01.07.2013	eingefügt	G 2013 276
§ 7	09.12.2008	01.01.2009	geändert	G 2008 470
§ 7a	18.11.1997	01.01.1998	eingefügt	G 1997 413

Änderungstabelle - nach Beschlussdatum

Beschlussdatum	Inkrafttreten	Element	Änderung	Fundstelle G
12.12.1995	01.01.1996	Erllass	Erstfassung	K 1995 3554 G 1995 502
19.11.1996	01.01.1997	§ 5	geändert	G 1996 301
10.12.1996	01.01.1997	§ 6	geändert	G 1996 364
18.11.1997	01.01.1998	§ 6 Abs. 3	geändert	G 1997 413
18.11.1997	01.01.1998	§ 7a	eingefügt	G 1997 413
12.12.2000	01.01.2001	§ 4	Titel geändert	G 2000 430
12.12.2000	01.01.2001	§ 5 Abs. 1	geändert	G 2000 430
12.12.2000	01.01.2001	§ 5 Abs. 2	geändert	G 2000 430
14.05.2002	01.06.2002	§ 1	geändert	G 2002 142
14.05.2002	01.06.2002	§ 6a	eingefügt	G 2002 142
28.11.2006	01.01.2007	Titel 2	geändert	G 2006 358
28.11.2006	01.01.2007	§ 2b	eingefügt	G 2006 358
09.12.2008	01.01.2009	§ 7	geändert	G 2008 470
17.11.2009	01.01.2010	§ 3	geändert	G 2009 382
17.11.2009	01.01.2010	§ 6 Abs. 1	geändert	G 2009 382
11.06.2013	01.07.2013	Ingress	geändert	G 2013 276
11.06.2013	01.07.2013	§ 3a	eingefügt	G 2013 276
11.06.2013	01.07.2013	§ 3b	eingefügt	G 2013 276
11.06.2013	01.07.2013	§ 4 Abs. 1	geändert	G 2013 276
11.06.2013	01.07.2013	§ 6 Abs. 2	geändert	G 2013 276
11.06.2013	01.07.2013	§ 6a Abs. 4	aufgehoben	G 2013 276
11.06.2013	01.07.2013	§ 6b	aufgehoben	G 2013 276
11.06.2013	01.07.2013	§ 6c	geändert	G 2013 276
11.06.2013	01.07.2013	Titel 4	eingefügt	G 2013 276
11.06.2013	01.07.2013	§ 6d	eingefügt	G 2013 276
11.06.2013	01.07.2013	§ 6e	eingefügt	G 2013 276
09.12.2014	01.01.2015	§ 2	geändert	G 2014 416
09.12.2014	01.01.2015	§ 2a	geändert	G 2014 416
09.12.2014	01.01.2015	§ 3 Abs. 1	geändert	G 2014 416
15.12.2015	01.01.2016	§ 2 Abs. 1	geändert	G 2015 373
15.12.2015	01.01.2016	§ 2a Abs. 1	geändert	G 2015 373
15.12.2015	01.01.2016	§ 2a Abs. 2	geändert	G 2015 373
15.12.2015	01.01.2016	§ 3 Abs. 1	geändert	G 2015 373
15.12.2015	01.01.2016	§ 3 Abs. 1, a., 1.	geändert	G 2015 373
15.12.2015	01.01.2016	§ 3 Abs. 1, a., 2.	geändert	G 2015 373
15.12.2015	01.01.2016	§ 3 Abs. 1, a., 3.	geändert	G 2015 373
15.12.2015	01.01.2016	§ 3 Abs. 1, b., 1.	geändert	G 2015 373
15.12.2015	01.01.2016	§ 3 Abs. 1, b., 2.	geändert	G 2015 373
15.12.2015	01.01.2016	§ 3 Abs. 1, b., 3.	geändert	G 2015 373
15.12.2015	01.01.2016	§ 3 Abs. 1, c., 1.	geändert	G 2015 373
15.12.2015	01.01.2016	§ 3 Abs. 1, c., 2.	geändert	G 2015 373
15.12.2015	01.01.2016	§ 3 Abs. 1, c., 3.	geändert	G 2015 373
15.11.2016	01.01.2017	§ 3 Abs. 1	geändert	G 2016-52
15.11.2016	01.01.2017	§ 3 Abs. 1, a., 1.	geändert	G 2016-52
15.11.2016	01.01.2017	§ 3 Abs. 1, a., 2.	geändert	G 2016-52
15.11.2016	01.01.2017	§ 3 Abs. 1, a., 3.	geändert	G 2016-52
15.11.2016	01.01.2017	§ 3 Abs. 1, b., 1.	geändert	G 2016-52
15.11.2016	01.01.2017	§ 3 Abs. 1, b., 2.	geändert	G 2016-52
15.11.2016	01.01.2017	§ 3 Abs. 1, b., 3.	geändert	G 2016-52
15.11.2016	01.01.2017	§ 3 Abs. 1, c., 1.	geändert	G 2016-52
15.11.2016	01.01.2017	§ 3 Abs. 1, c., 2.	geändert	G 2016-52
15.11.2016	01.01.2017	§ 3 Abs. 1, c., 3.	geändert	G 2016-52
15.11.2016	01.01.2017	§ 6 Abs. 1	geändert	G 2016-52
15.11.2016	01.01.2017	§ 6 Abs. 2	geändert	G 2016-52
07.02.2017	01.01.2017	§ 2	Titel geändert	K 2017 393 G 2017-016
07.02.2017	01.01.2017	§ 2 Abs. 1	geändert	K 2017 393 G 2017-016
07.02.2017	01.01.2017	§ 2 Abs. 1, a.	eingefügt	K 2017 393 G 2017-016
07.02.2017	01.01.2017	§ 2 Abs. 1, b.	eingefügt	K 2017 393 G 2017-016
07.02.2017	01.01.2017	§ 2 Abs. 2	eingefügt	K 2017 393 G 2017-016
07.02.2017	01.01.2017	§ 2 Abs. 3	eingefügt	K 2017 393 G 2017-016

Beschlussdatum	Inkrafttreten	Element	Änderung	Fundstelle G
07.02.2017	01.01.2017	§ 2a	Titel geändert	K 2017 393 G 2017-016
07.02.2017	01.01.2017	§ 2a Abs. 1	geändert	K 2017 393 G 2017-016
07.02.2017	01.01.2017	§ 2a Abs. 2	geändert	K 2017 393 G 2017-016
07.02.2017	01.01.2017	§ 2a Abs. 3	eingefügt	K 2017 393 G 2017-016
07.02.2017	01.01.2017	§ 2a Abs. 4	eingefügt	K 2017 393 G 2017-016
12.09.2017	01.01.2017	§ 2	Titel geändert	K 2017 2559 G 2017-093
12.09.2017	01.01.2017	§ 2 Abs. 1	geändert	K 2017 2559 G 2017-093
12.09.2017	01.01.2017	§ 2 Abs. 2	aufgehoben	K 2017 2559 G 2017-093
12.09.2017	01.01.2017	§ 2 Abs. 3	geändert	K 2017 2559 G 2017-093
12.09.2017	01.01.2017	§ 2a	Titel geändert	K 2017 2559 G 2017-093
12.09.2017	01.01.2017	§ 2a Abs. 1	geändert	K 2017 2559 G 2017-093
12.09.2017	01.01.2017	§ 2a Abs. 2	geändert	K 2017 2559 G 2017-093
12.09.2017	01.01.2017	§ 2a Abs. 3	aufgehoben	K 2017 2559 G 2017-093
12.09.2017	01.01.2017	§ 2a Abs. 4	geändert	K 2017 2559 G 2017-093